

Resolution des Rates der Gemeinde Friedeburg

Thema Wolf

Die Gemeinde Friedeburg *unterstützt den vorgelegten Wolfmanagementplan des Nds. MU und* akzeptiert grundsätzlich die Wiederkehr des Wolfes in Deutschland und Niedersachsen und ist sich seines momentanen Schutzstatus durch EU-FFH und Bundesnaturschutzgesetz bewusst.

Die zahlreichen und dauerhaften Übergriffe auf Schafe und Rinder in unserer Region sind jedoch nicht mehr zumutbar!

Begründung:

Im Jahr 2000 kehrte der Wolf nach Deutschland zurück. Die Population wächst deutschlandweit jährlich um ca. 30 %, in Niedersachsen noch schneller. Niedersachsen wurde ca. 2011 vom Wolf wieder besiedelt. Erste Wolfsrisse auf Nutztiere ließen nicht lange auf sich warten. In den letzten Jahren zogen immer wieder Wölfe auch durch unsere und angrenzende Gemeinden und richteten vor allem durch Schafrisse aber auch bei Rindvieh Schaden an. Die betroffenen Tiere starben in der Regel qualvoll, die Herden waren und sind stark verstört und ängstlich. Die für unsere Region, sowohl für die Landwirtschaft als auch den Tourismus wichtige Weidehaltung steht vor dem Aus.

Nach zwei Übergriffen im April 2022 kommt es seit Ende Juli im Gemeindegebiet bzw. angrenzenden Landkreis Friesland zunächst wöchentlich, zeitweise fast jeden zweiten Tag zu Rissen von Jungrindern.

Dies ist für unsere Tierhalter und uns als Gemeinderat nicht mehr hinnehmbar!

Landwirte werden **psychisch** zunehmend stark belastet. Hobby-und Haustierhalter sind verunsichert. Einwohner sind verängstigt, Eltern befürchten Wolfsangriffe auf ihre Kinder z.B. auf den oft einsamen ländlichen Schulwegen.

Auch wenn es die Möglichkeit eines Entnehmensantrages gibt, ist dies Verfahren viel zu langatmig und bürokratisch.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rat der Gemeinde Friedeburg:

1. Sollte es in Zukunft zu Wolfsrisen kommen, muss es ein beschleunigtes und bevorzugtes Verfahren zur Prüfung und Abschussfreigabe bzw. Abschussaufforderung binnen Tagesfrist geben. Es ist zu prüfen, ob die Abschussfreigabe bis auf ganze auffällige Rudel ausgedehnt werden kann.
2. Es ist weiterhin sicherzustellen, dass der Jägerschaft Möglichkeiten und Hilfen bereitgestellt werden müssen. Dies ist z.B. durch die Nutzung von Nachtsichtgeräten/Fernrohren sicherzustellen, da der Wolf nachtaktiv und ansonsten nur schwer zu erlegen ist. Namen von Jägern, die einen Wolf erlegt haben, dürfen

- nicht veröffentlicht werden, da es in der Vergangenheit schon zu erheblichen Anfeindungen gekommen ist.
3. Es müssen umgehend Untergrenzen für die Wolfspopulation in Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland festgelegt werden. Oberhalb dieses sicheren Erhaltungszustandes muss ein aktives Bestandsmanagement mit Entscheidungskompetenz umgesetzt werden. Bei diesen Festsetzungen sind alle betroffenen Gruppen, Naturschutz, Landwirtschaft, Jägerschaft usw. zu beteiligen.
 4. Der Herdenschutz unterliegt in unserer Region einer besonderen Betrachtung. Herdenschutz ist eine Maßnahme, die auch weiterhin gefördert und verfolgt werden muss. Allerdings lassen sich wolfsabwehrende Zäune gerade in unseren Wallheckengebieten und der kleinteiligen Flächenstruktur schwierig einsetzen und sind nicht immer verhältnismäßig. Solche Zäune sperren auch anderes Wild, z.B. Rehe, ein oder aus. Wildtiere aller Art verfangen sich mit dem Gehörn oder mit Beinen und Flügeln in den vornehmlich genutzten Litzendrähten und verenden oder müssen wegen zu starken Verletzungen getötet werden.
 5. Entschädigungsleistungen sind gerechtfertigt, werden aber ebenfalls nicht als Lösungshilfe gesehen. Wir fordern, auf die Verhinderung von Nutztierissen abzielen.
 6. Die Weidehaltung ist für viele Betriebe existenziell. Sie erhält die Kulturlandschaft, fördert Biodiversität und Tourismus. Nutztierisse führen zur Einstellung der Weidehaltung. Die Landwirte stellen ganzjährig auf Stallhaltung um oder geben Ihre Betriebe auf. Die Flächenbewirtschaftung wird infolge intensiviert. Ziel der Politik muss die Beibehaltung der Weidehaltung sein.
 7. Der Wolf stellt sich als Kulturfolger und nicht als Wildtier dar. Der Wolf bekommt durch die zusätzlichen Nutztierisse ein übermäßiges Populationswachstum. Die regionale Wolfspopulation muss sich an der in der Natur vorkommenden Nahrungsangeboten orientieren.

Der Rat der Gemeinde Friedeburg appelliert an alle zuständigen Stellen, vor allem aber an die Landesregierung Niedersachsen, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union die oben genannten Forderungen zu erfüllen und die Gesetze zum Schutz des Wolfes so zu ändern, das ein sicheres Leben und Wirtschaften auf dem Land und in der Stadt für Mensch und Tier möglich wird und bleibt.

Friedeburg, den